



Reihe Deutsch-Französische Strategiegespräche

----- 5 -----

Winfried Veit /Jean-Pierre Maulny

Gefahren für Europas Sicherheit

September 2006

Winfried Veit

Leiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung

Jean-Pierre Maulny

Stellvertretender Leiter des Institut de Relations Internationales et Stratégiques (IRIS)

Inhalt

Einleitung

Nationale Industriepolitiken und EU-Politik im Rüstungssektor

Der Iran und die Verbreitung von Atomwaffen

Afrika und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Programm der 14. deutsch-französischen Strategiegelgespräche

Einleitung

Die Welt ist in den letzten Jahren nicht sicherer geworden und Europa ist durch die – vom französischen und holländischen Nein im Verfassungsreferendum ausgelöste – anhaltende Krise geschwächt. Doch kann die vom Europäischen Rat verordnete „Denkpause“ nicht bedeuten, daß die Hände in den Schoß gelegt werden. Zu groß sind die globalen Herausforderungen und Gefahren für Europas Sicherheit. Die Welt wartet nicht darauf, daß die Europäer sich einigen und der europäischen Integration einen neuen Schwung verleihen, um für diese Herausforderungen und Gefahren gerüstet zu sein. So muß eben an verschiedenen Baustellen des unfertigen europäischen Baus pragmatisch weitergebaut werden, auch wenn dies im einen oder anderen Fall eine schiefe Konstruktion bewirkt: an einem Teil des europäischen Gebäudes wird schneller gebaut, andere müssen warten, bis die Gesamtarchitektur wieder stimmt.

Im Bereich der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ist klar, daß an der europäischen Sicherheitsarchitektur weitergebaut werden sollte und die Europäische Union bei Strafe der internationalen Marginalisierung sich in denjenigen Konflikten und Bedrohungssituationen engagieren muß, die für ihre Sicherheit von existentieller Bedeutung sind. Die 14. deutsch-französischen Strategiegelgespräche, die vom 3. bis 4. Mai 2006 in Enghien-les-Bains bei Paris stattfanden, haben drei dieser Bereiche herausgegriffen:

- die nationalen und europäischen Rüstungspolitiken bedürfen der stärkeren Harmonisierung, will Europa nicht den Anschluß an die internationale Entwicklung verlieren und – angesichts der immer noch unzureichenden Koordinierung – weiterhin eine Verschwendung der knappen Finanzmittel riskieren. Die europäische Verteidigungsagentur ist ein Schritt in die richtige Richtung, doch zeigen die Turbulenzen im deutsch-französischen Konzern EADS, daß selbst zwischen Deutschen und Franzosen noch immer nicht eitel Harmonie herrscht;
- die Nuklearpolitik des Iran stellt eine ernsthafte Bedrohung für Europas Sicherheit und das strategische Gleichgewicht im Nahen Osten dar. Das beharrliche Engagement der E 3 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien), inzwischen erweitert um die USA, Russland und China, ist ein Musterbeispiel dafür, wie Europa – auch ohne einen gemeinsamen Außenminister – auf der weltpolitischen Bühne agieren kann;
- Afrika südlich der Sahara gewinnt für Europa immer mehr an Bedeutung, im positiven wie im negativen Sinn: Rohstoffe, vor allem Öl; Migrationsdruck; Menschenschmuggel; Drogen; Basis für Terrorismus; zerfallende Staaten – Europa hat, auch wegen der kolonialen Vergangenheit, hier eine besondere Verantwortung, zumal die „Weltordnungsmacht“ Amerika sich überwiegend anderweitig engagiert. Der von der EU geführte zweite Einsatz im Kongo macht deutlich, daß Europa sich zunehmend seiner weltpolitischen Verantwortung bewusst wird.

Die „Reihe Deutsch-Französische Strategiegelgespräche“ basiert auf den Vorträgen und Diskussionen des Cercle Stratégique Franco-Allemand, der seit 1999 halbjährlich abwechselnd in Deutschland und Frankreich zusammentritt. Er wird gemeinsam vom Pariser Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und dem Institut de Relations Internationales et Stratégiques (IRIS) getragen und ist zu einer festen Institution und zu einem wichtigen Instrument des deutsch-französischen Sicherheitsdialogs geworden. An ihm nehmen Parlamentarier, Sicherheitsexperten, Diplomaten, hohe Beamte verschiedener Ministerien sowie Vertreter von think tanks und der Verteidigungsindustrie teil. Die nachstehende Zusammenfassung der Vorträge und Diskussionen der 14. Strategiegelgespräche erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es ist nicht der Zweck dieser Broschüre, die einzelnen Beiträge wiederzugeben sondern es soll eine Bilanz der zweitägigen Debatte gezogen werden.

Nationale Industriepolitiken und EU-Politik im Rüstungssektor

Die 14. Zusammenkunft des Cercle Stratégique franco-allemand hat einmal mehr gezeigt, wie schwierig es ist, zu Fragen der Industriepolitik im Rüstungssektor einen produktiven Dialog zu führen. Man wird das Gefühl nicht los, dass der deutsch-französische Dialog hier von zahlreichen Missverständnissen geprägt ist und vieles ungesagt bleibt. Manchmal scheint es sogar, als herrschte beidseitig ein tiefes Unverständnis hinsichtlich der Absichten des Gegenübers.

Nichtsdestotrotz sind sich Vertreter der Verteidigungsministerien, Industrielle und Rüstungsexperten einig: eine gemeinsame Industriepolitik im Rüstungssektor ist notwendig. Die militärische Bedarfsplanung muss besser koordiniert und aus der nationalen Industrie eine europäische aufgebaut werden. Es gilt, weiterhin auf die Schaffung eines europäischen Rüstungsmarktes hinzuwirken. Dies erfordert nicht zuletzt ein effizientes Instrument, welches es erlaubt, auf EU-Ebene eine gemeinsame Verteidigungspolitik zu entwickeln, den Kapazitätsbedarf der EU zu eruieren und eine gemeinsame Industriepolitik auszuarbeiten. Kurzum, die Europäische Verteidigungsagentur stößt im Grunde allerseits auf Zustimmung. So weit so gut. Hier aber beginnt das gegenseitige Unverständnis.

Die Deutschen sind der Auffassung, dass Frankreich im Rüstungssektor eine nationale Politik betreibt, seine Industrie subventioniert, eine führende Stellung in sämtlichen Bereichen anstrebt (implizite Kritik) und sich gegen die Errichtung eines europäischen Rüstungsmarktes sträubt.

Die Franzosen hingegen weisen diese Kritik größtenteils zurück. Die Industrie wird nicht mehr länger vom Staat subventioniert. Ziel ist die Schaffung einer wettbewerbsfähigen Industrie in einem kompetitiven Umfeld. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Beteiligung des Staates an gewissen Unternehmen zwingend in Frage gestellt wird. Solange sie transparent bleibt und den Zweck verfolgt, eine zuverlässige Aktionsstruktur auf die Beine zu stellen, wird sie gutgeheißen.

Dieser letzte Punkt weist auf ein spezifisch französisches Anliegen: die Versorgungssicherheit. Frankreich will sicher gehen, dass es in der Rüstungsindustrie über zuverlässige Partner verfügt, die nicht von feindlichen oder auch nur abweichenden Interessen gelenkt werden. Folglich stimmen die Franzosen einer Öffnung des europäischen Rüstungsmarktes zwar grundsätzlich zu, doch muss diese auf Freiwilligkeit und Gegenseitigkeit beruhen. Beide Grundsätze sind im Verhaltenskodex der europäischen Rüstungsagentur verankert. Eine Abschaffung des Artikels 296 des EU-Vertrags würde hingegen dazu führen, dass die EU und die USA nicht mehr wie bislang gleichberechtigten Zugang zum Markt haben würden.

In der Frage des Schutzes der nationalen Industrieinteressen kam es zu einem sehr zurückhaltenden Meinungsaustausch. Auf französischer Seite ist man der Auffassung, dass der aktuelle Trend, mit Hilfe des Staates nationale Industriechampions zu schaffen, um auf dem umkämpften Feld der europäischen Fusionen und Übernahmen besser dazustehen, durchaus nicht nur in Frankreich zu beobachten sei. Auf deutscher Seite wiederum wird indirekt der Wunsch geäußert, dass bei Zusammenschlüssen die industriellen Aufgaben unter den fusionierenden Unternehmen aufgeteilt werden, ein Grundsatz, der von Frankreich zur Zeit noch abgelehnt wird.

Für die Vertreter der Rüstungsindustrie ist die Frage der Staatsangehörigkeit des Unternehmens kaum von Belang. Für sie steht fest, dass nur europäische Unternehmen mit europäischen Produkten und einer bestimmten Größe auf Dauer mit den amerikanischen Konkurrenten mithalten können.

Beim Thema europäische Verteidigungsagentur herrscht weiterhin gegenseitiges Unverständnis. Grundsätzlich unterstützen beide Staaten das Projekt. Auf französischer Seite wehrt man sich gegen den Vorwurf, eine nationale Politik zu betreiben – ganz im Gegenteil hätte Frankreich der europäischen

Verteidigungsagentur durch wiederholtes Plädieren für mehr Mittel (personale wie finanzielle) und für eine gemeinsame Politik in den Bereichen Forschung und Technik die wichtigsten Anstöße geliefert. Deutschland dagegen sei hier ausgesprochen zurückhaltend.

Eine bessere Koordinierung der militärischen Bedarfsplanung – eine der Voraussetzungen für eine gemeinsame europäische Politik – halten beide Seiten für notwendig. Gleichzeitig sind sie sich der Schwierigkeiten bewusst, die es auf diesem Feld zu überwinden gilt : technisch-finanzieller Art einerseits (Budgetfragen, Erneuerungszyklus der Produktionsanlagen), politischer Natur andererseits. So könnten zum Beispiel die Meinungsverschiedenheiten in der Irakfrage die Parteien dazu veranlassen, vor dem Schritt in eine stärkere gegenseitige Abhängigkeit zurückzuschrecken. Andererseits sollte die amerikanische Beschränkung von Technologietransfers Frankreich und Deutschland zu einer gemeinsamen Politik ermuntern.

Beide Staaten sind sich einig, dass ein breitestmöglicher Konsens gefunden werden muss - aus finanziellen Gründen ebenso wie im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Exportmarktes und nicht zuletzt deshalb, weil die EU der 25 Staaten heute eine Realität geworden ist. Der Airbus A 400 M wird hier als Erfolgsbeispiel genannt.

Der Iran und die Verbreitung von Atomwaffen

Die Nuklearpolitik des Iran hält die Welt seit Jahren in Atem, stellt sie doch auch einen Prüfstein für den Bestand des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (NPT) dar. Zum Zeitpunkt der 14. deutsch-französischen Strategiegelgespräche Anfang Mai 2006 wurde gerade über ein neues Angebot der „E 3 + 3“ (Deutschland, Frankreich, Großbritannien + USA, China, Russland) verhandelt, das dann am 6. Juni vom Hohen Beauftragten der EU für Außenpolitik, Javier Solana, in Teheran übergeben wurde. Dieses neue erweiterte Angebot beinhaltete insbesondere die zivile Nuklearkooperation, die Lieferung von Ersatzteilen für die iranische Fluggesellschaft und die Unterstützung für eine Mitgliedschaft Teherans in der Welthandelsorganisation. Bei Redaktionsschluß dieser Broschüre war das Ultimatum abgelaufen, ohne dass der Iran eine befriedigende Antwort gegeben hätte.

Deutsche und Franzosen waren sich – entsprechend dem jahrelangen Zusammenwirken im Rahmen der „E 3“ – weitgehend einig in der Beurteilung der schwierigen Lage. Diese bezeichnete Philippe Carré, Leiter der Abteilung für strategische Fragen im Quai d’Orsay, als „extrem besorgniserregend“, nachdem der Iran trotz Mitgliedschaft im NPT 18 Jahre lang geheime Nuklearaktivitäten betrieben habe, die für zivile Nutzung unbedeutend waren. Die EU habe in Gestalt der Troika aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien einen „effektiven Multilateralismus“ betrieben und gegenüber den USA die Verhandlungskomponente gestärkt. Wenn der Iran aber das westliche Angebot ablehne, dann entstehe eine sehr ernste Situation, denn mit jedem Tag wachse die militärischen Nuklearkapazität des Iran und bei seiner neuen, dogmatischen Führung das Gefühl, „ungestraft weitermachen zu können“.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, vertiefte diese Analyse, indem er zunächst einen kursorischen Überblick über den Nuklearkonflikt mit dem Iran und die europäische Verhandlungsstrategie gab. Erler wies darauf hin, daß es einen quasi natürlichen Interessengegensatz zwischen den Besitzern von Atomwaffen und den anderen gebe: erstere strebten vornehmlich die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen an, letztere seien vor allem an der nuklearen Abrüstung interessiert. Daneben gebe es diejenigen Atommächte, die entweder dem NPT nicht beigetreten seien (Indien, Pakistan) oder die den Besitz von Atomwaffen leugneten (Israel). In diesem komplizierten Geflecht sei der Konflikt mit dem Iran zu verorten, wobei zu keinem Zeitpunkt das Recht Irans auf zivile Nutzung der Kernenergie in Frage gestellt worden sei. Doch habe man ab August 2002 Erkenntnisse gehabt, wonach der Iran Nuklearanreicherung betreibe, die bei der IAEA nicht gemeldet waren und deren Nutzen im Rahmen ziviler Atomprogramme nicht erwiesen war; nachdem der Iran trotz der zwischenzeitlichen Kontrollen durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) im August 2005 die Anlage in Isfahan wieder in Betrieb genommen habe, sei eine „rote Linie“ überschritten worden.

Die Strategie der Europäer sei dabei aber niemals Iran-feindlich gewesen sondern man habe sich immer um eine Einbindung Teherans bemüht, die Modernisierungspolitik des Landes unterstützt und die Verhandlungen – entgegen dem amerikanischen Bestreben - außerhalb des UN-Sicherheitsrates gehalten. Die Ablehnung des ersten europäischen Angebots im Jahre 2005 sei ein schwerer Schlag für diese Strategie gewesen; damals hatten die „E 3“ die Aufhebung der bestehenden Sanktionen, eine enge Zusammenarbeit bei der zivilen Nutzung der Kernenergie, die Kooperation im Bereich der Hochtechnologien, die Öffnung der Märkte für iranische Produkte und einen Sicherheitsdialog über eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten angeboten. Doch hätten die Europäer trotz dieser Enttäuschung und des amerikanischen Drucks an ihrer Verhandlungsstrategie festgehalten und es sogar verstanden, die USA ihrer Position anzunähern; man sei sich heute einig, daß „keine militärischen Aktionen auf der Tagesordnung stehen“. Mit der Erweiterung der „E 3“ um die USA, Russland und China auf die „E 3 + 3“ habe die europäische Initiative noch an Gewicht gewonnen, allerdings um den Preis, daß die Aufrechterhaltung einer einheitlichen Strategie schwieriger geworden sei. Dabei müssten die besonderen Interessen Russlands und Chinas an Iran berücksichtigt werden: Moskau kooperiert seit langem mit

Teheran auf dem Gebiet der zivilen Kernenergie, ist seit Jahren der wichtigste Waffenlieferant der Islamischen Republik und hat traditionelle geopolitische Interessen in der Region; China wiederum ist primär an der Ölversorgung aus dem Iran interessiert. Folgerichtig versuche Teheran, einen Keil zwischen die „E 3 + 3“ zu treiben und Russland wie China aus der gemeinsamen Front heraus zu brechen. Dabei verfolge der neue Präsident Mahmud Ahmadinejad eine geschickte Strategie der Ausspielung nationaler Interessen, die es der politischen Klasse im Iran schwer mache, sich gegen den Präsidenten zu stellen.

Was die Zukunft anbelangt, so plädierte Gernot Eler für „Geduld, Standhaftigkeit und Einigkeit“.

Geduld: noch habe man Zeit für eine Verhandlungslösung, denn für die waffenfähige nukleare Anreicherung brauche der Iran noch Jahre; „aber die Uhr tickt“;

Standhaftigkeit: es gehe nicht nur um den Iran sondern der iranische Nuklearkonflikt könne „zum Sprengsatz für den Nichtverbreitungsvertrag werden“;

Einigkeit: es dürfe kein Keil zwischen die „E 3 + 3“ getrieben werden; wichtig sei, daß Russland und China eingebunden blieben.

Insgesamt, so Elers zusammenfassende Schlussfolgerung, stehe „das europäische Modell einer Verhandlungslösung auf dem Spiel“, wie es in der europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 niedergelegt wurde.

Die anschließende Diskussion konzentrierte sich vor allem auf die Rolle der USA im Nuklearkonflikt mit dem Iran. Dabei wurde verschiedentlich die Rolle der Europäer in Frage gestellt und das Problem erörtert, daß eigentlich nur die Amerikaner die Sicherheitsinteressen Irans garantieren könnten – wie in vielen anderen Konfliktbereichen auch, etwa dem damit eng zusammen hängenden Nahostkonflikt. Ein französischer Teilnehmer ging so weit zu behaupten, der frühere reformorientierte Präsident Chatami sei in erster Linie deswegen gescheitert, weil „die Europäer nicht liefern konnten“; die USA seien der eigentliche Akteur in der Iran-Krise. Der USA-Kenner und Beauftragte für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, Karsten Voigt, bestätigte diese Einschätzung und begründete zugleich, warum es im Unterschied zum Irak-Konflikt im Falle des Iran eine gemeinsame europäisch-amerikanische Position geben könne: man sei sich in der Analyse der Situation weitgehend einig (der Iran verfügt nicht über Atomwaffen, aber er strebt danach); man sei sich in den Zielen sehr nahe (ein nuklear bewaffneter Iran wirkt destabilisierend auf die Region und auf die Welt); man sei sich auch in der Strategie und in den einzelnen Schritten sehr nahe (die Amerikaner sind nicht bei der Planung, aber bei der „ernsthaften Erwägung von militärischen Aktionen“ sehr viel zurückhaltender als im Falle Irak); und anders als vor dem Irak-Krieg würden die Amerikaner nicht nur „informieren“ sondern auch „konsultieren“ („konsultieren bedeutet, daß man eventuell auch seine eigene Position überprüft“). Dieses insgesamt positive Bild trübte Karsten Voigt abschließend mit zwei Einschränkungen: im US-Kongreß gebe es eine eindeutige Mehrheit für schärfere Sanktionen und das Völkerrecht wie die Vereinten Nationen seien zwar ein wichtiger Faktor in der amerikanischen Diskussion, „aber nicht ein Faktor, der die Möglichkeiten und Grenzen amerikanischen Handelns definiert“.

Afrika und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Ebenfalls weitgehende deutsch-französische Übereinstimmung herrschte in der Beurteilung der Bedeutung Afrikas für Europa, den Möglichkeiten der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) für die Stabilisierung der Region sowie den Chancen und Gefahren des zweiten europäischen Kongo-Einsatzes. Unterschiede gab es eher zwischen Politikern und den Vertretern ziviler und militärischer Organisationen: während die einen die übergeordneten politischen und strategischen Interessen im Auge haben, blicken die anderen in erster Linie auf die konkreten Probleme „vor Ort“, in diesem Falle auf den Kongo. Der Dialog zwischen beiden Seiten ermöglichte einen fruchtbaren Austausch dieser unterschiedlichen Sichtweisen und führte zur Artikulierung konkreter Vorschläge, um die Kommunikation und Abstimmung weiter zu verbessern.

Deutsche wie französische Teilnehmer, Parlamentarier wie Experten, Militärs wie Diplomaten waren sich darin einig, daß Afrika für Europa in den letzten Jahren viel an Bedeutung gewonnen hat. Ein Teilnehmer drückte das so aus: Afrika sei seit den 10. deutsch-französischen Strategiegelgesprächen im Oktober 2003, als das Thema dort zuletzt behandelt wurde, „vom dritten Rang der weltpolitischen Bedeutung auf den zweiten aufgestiegen“. Die Gründe dafür lassen sich in drei Stichworten wiedergeben: Energieversorgung – Migration – China.

Dabei wurde deutlich, daß sich weniger die rohstoff- und energiepolitische Bedeutung Afrikas geändert hat als vielmehr ihre Einschätzung durch die Europäer. Allerdings hat sich „die Rohstofffrage weltpolitisch über die Preise und damit über die Frage der Verknappung intensiviert“, so einer der Referenten. Die USA strebten zum Beispiel an, ihren Ölversorgungsanteil aus West- und Zentralafrika von 15 auf 25 Prozent zu erhöhen, um die Abhängigkeit von Gefahrenzonen wie dem Nahen Osten und der Kaspischen Region zu verringern. Im Zusammenhang mit der Energiefrage steht die „dramatische Rückkehr Chinas nach Afrika“. Peking betreibt eine massive Offensive auf dem afrikanischen Kontinent, um sich die Versorgung mit Erdöl, aber auch mit anderen Rohstoffen zu sichern. Im Sudan zum Beispiel soll China bereits über 80 Prozent der Ölkonzessionen verfügen. Aber die „chinesische Rückkehr“ schließt noch andere Komponenten ein: Markterschließung für chinesische Produkte und zunehmende Tätigkeit von Bauunternehmen sowie eine „massive chinesische Einwanderung“, die sich zum traditionellen indischen (in Ostafrika) und libanesischen (in Westafrika) Handel gesellt. Der dritte Punkt in der veränderten Wahrnehmung Afrikas durch die Europäer „hat mit den dramatischen Bildern der afrikanischen Flüchtlinge im Mittelmeerraum und auf den Kanarischen Inseln zu tun“. Es ist zu befürchten, daß mit weitergehendem Staatszerfall und den damit einhergehenden wirtschaftlichen Verheerungen der Migrationsdruck weiter zunehmen wird.

Ein weiterer Aspekt, der zunächst und in erster Linie die amerikanischen Interessen tangiert, hängt ebenfalls mit dem Phänomen des Staatszerfalls in Afrika zusammen: das Entstehen von Rückräumen für den islamistischen Terrorismus, wie er sich vor allem in Somalia manifestiert. Dieses Problem wird über kurz oder lang auch die Europäer interessieren müssen, so wie schon die Entstehung mafiöser Strukturen in den zerfallenden Staaten Westafrikas (Liberia, Sierra Leone) zur Entstehung einer Drehscheibe für den internationalen Drogenhandel geführt hat, der vor allem auf Europa zielt.

War man sich in der generellen Lageanalyse weitgehend einig, so gab es doch Nuancen hinsichtlich der deutschen und französischen Interessen und Wahrnehmungen. Für die Franzosen – so die deutsche Wahrnehmung – sind militärische Interventionen in Afrika nichts ungewöhnliches und man muß der Bevölkerung nicht erst die Bedeutung Afrikas für die französischen Interessen erklären. Anders verhält es sich in Deutschland, wo es für die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen ziemlich schwierig ist, die Entsendung deutscher Soldaten in ein Land wie den Kongo zu begründen, von dem die meisten nur eine vage Vorstellung haben. Hingewiesen wurde auch auf die unterschiedliche Tradition und Geschichte beider

Länder: während eine enge, wenn auch sich abschwächende Affinität zwischen Frankreich und Afrika existiert, gibt es ein eher indirektes Interesse Deutschlands an Afrika. Dieses rührt einerseits vom „schlechten Gewissen“, das man aufgrund des Versagens der internationalen Gemeinschaft bei den Völkermorden in Rwanda und Darfur hat, und andererseits von der Bedeutung der Vereinten Nationen für die Stabilisierung des afrikanischen Kontinents; Deutschland mit seiner traditionell starken Unterstützung der UNO konnte sich letztlich nicht der Anfrage der Vereinten Nationen nach einem deutschen Engagement im Kongo entziehen. Schließlich wurde von französischer Seite noch einmal betont, daß es sich bei ESVP-Interventionen in Afrika nicht um eine „Fortsetzung der französischen Politik mit anderen Mitteln“ handle und daß Paris größten Wert auf die Rolle der Afrikanischen Union und der regionalen Organisationen, wie der ECOWAS in Westafrika, lege; die militärischen Aktionen gestalteten sich zunehmend „euro-afrikanisch“ und bei den letzten sieben Friedensoperationen seien zu 80 Prozent afrikanische Soldaten involviert gewesen.

Im zweiten Teil der Diskussion befasste man sich mit der unter deutscher Führung stehenden und massiv von Frankreich mitgetragenen EU-Intervention im Kongo. Diese zweite EU-Mission in Afrika – nach der erfolgreichen Operation Artemis im Jahre 2003 im Ost-Kongo – wurde allgemein befürwortet, doch gab es Kritik im Detail. So wurde von manchen vor allem die begrenzte Zahl von Soldaten (1780) und die Einschränkung des Mandats auf die Hauptstadt Kinshasa bemängelt, dessen Hauptaufgabe in der Absicherung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen und in der eventuellen Evakuierung der internationalen Wahlbeobachter besteht. Was geschieht, so wurde gefragt, wenn 300 Kilometer von Kinshasa entfernt Massaker verübt werden und das Leben der Wahlbeobachter in Gefahr ist? Wenn man schon Beobachter über das ganze Land verteilt einsetzt, dann müsse man auch in der Lage sein, für ihre Sicherheit zu garantieren.

Die Frage der Wahlbeobachter stand sodann im Mittelpunkt der Diskussion. Es wurde darauf hingewiesen, daß die begrenzte Zahl europäischer Militärs wohl kaum in der Lage sei, einen fairen Wahlablauf zu garantieren, zumal mit ihrem eingeschränkten Mandat in einem Land von der Größe Westeuropas. Daran könnten auch die 17 800 Soldaten der UN-Mission MONUC nichts ändern, da deren Aufgabe in der Verhinderung von Massakern und der Entwaffnung von Milizen vor allem im Ost-Kongo bestehe. Das Hauptproblem – darin war man sich einig – ist die Akzeptierung des Wahlergebnisses: „Schließlich wird die Präsidentschaftswahl nur einer gewinnen und ins Parlament werden von den 9000 Kandidaten nur 500 einziehen. Das heißt, daß man den Menschen beibringen muß, daß sie faire und freie Wahlen verloren haben. Mit 300 Wahlbeobachtern bei 13 000 Wahlstationen kann die Glaubwürdigkeit heftig angezweifelt werden“. Die einzige Möglichkeit sei, mindestens genauso viele Wahlbeobachter wie europäische Militärs einzusetzen. Und auch das sei noch zu wenig: „In Südafrika gab es insgesamt 3000 Beobachter, wobei das Land kleiner und infrastrukturell viel besser erschlossen ist“.

Indirekt bestätigt wurde diese pessimistische Einschätzung von einem der anwesenden Politiker, der von einem kurz zuvor stattgefundenen Gespräch mit dem kongolesischen Vizepräsidenten Bemba berichtete, einem Hauptkonkurrenten von Präsident Joseph Kabila. Bemba habe mindestens 5000 Wahlbeobachter gefordert, weil er glaube, daß die Wahlen nicht fair und frei verlaufen werden. Diese Aussage sei deswegen so beunruhigend, weil Bemba damit schon angedeutet habe, das Wahlergebnis im Falle seiner Niederlage nicht zu akzeptieren – mit allen Konsequenzen für die Stabilität des Landes, der ja gerade die Wahlen dienen sollten. Denn Bemba, wie auch andere Mitbewerber, verfügen über schwer bewaffnete Milizen, die dann ein Horrorszenario in Gang setzen könnten, in dem die EU-Truppe einen schweren Stand hätte. Doch gehe es gerade in diesem Fall darum, durch die europäischen Militärs „das Restrisiko abzusichern durch eine sichtbare Präsenz, hinter der die volle Autorität der EU steht und die in der Hauptstadt Kinshasa sich manifestiert, wo das Wahlergebnis anerkannt wird oder nicht“.

Die abschließende Diskussion konzentrierte sich auf die Frage nach einem Gesamtkonzept der europäischen Afrika-Politik im Rahmen des Dreiecks von „Governance, Sicherheit und Entwicklung“. Konzeptionell wie finanziell fehle es sowohl im nationalen wie im europäischen Rahmen an Koordination. Vor allem von Seiten deutscher Parlamentarier wurde die von der Realität längst eingeholte Trennung in Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik bemängelt, die einhergehe mit einem entsprechenden „Kästchendenken“ der für die jeweiligen Bereiche zuständigen Politiker und mit entsprechend getrennten Haushaltskassen. Am Beispiel Kongo wurde deutlich gemacht, daß in den nächsten Jahren nicht Entwicklungshilfe sondern „security sector reform „ auf der Tagesordnung stehe; Entwicklungshilfe sei kein strategischer Beitrag zur Stabilisierung Afrikas gewesen und man müsse sich ernsthaft Gedanken darüber machen, wie finanzielle Mittel flexibel von einem Bereich in den anderen transferiert werden könnten.

In diesem Kontext wurde eine Reihe von praktischen Vorschlägen gemacht. So wurden die FES und das IRIS etwa aufgefordert, stärker die afrikapolitischen Erfahrungen Frankreichs der deutschen Seite zu vermitteln, da die alte Arbeitsteilung, „Franzosen betreiben Afrikapolitik und Deutschland kümmert sich um den Osten“, in Zukunft nicht so weiter bestehen werde. Die Stiftung könne überdies – so ein anderer Vorschlag – die Parlamentarier aus den verschiedenen Politikfeldern zusammen bringen, um Erfahrungen auszuwerten und Konzepte zu entwickeln, wie etwa einen Ansatz, nach dem Gesamtkonzepte finanziert werden und nicht nur Einzelaktionen, wie jetzt der Militäreinsatz im Kongo. In einer zweiten Runde könnte man dies auch mit Vertretern der anderen europäischen Parlamente organisieren. Vorgeschlagen wurde auch eine Gesprächsrunde aus Parlamentariern und Fraktionsmitarbeitern mit Vertretern der entsprechenden Fachministerien.

14. CERCLE STRATÉGIQUE FRANCO-ALLEMAND

Enghien-les-Bains, 3. und 4. Mai 2006

Hôtel du Lac

PROGRAMM

Mittwoch, 3. Mai 2006

NATIONALE UND EUROPÄISCHE RÜSTUNGSPOLITIKEN

Alain Richard, Bürgermeister von St-Ouen l'Aumône,
ehemaliger Verteidigungsminister

Franz H.U. Borkenhagen, ehemaliger Leiter
Planungsstab des Bundesministeriums der Verteidigung

Moderator: **Jean-Pierre Maulny**, stellvertretender
Leiter, IRIS

Diskussion

Donnerstag, 4. Mai 2006

DER IRAN UND DIE VERBREITUNG VON ATOMWAFFEN

Philippe Carré, Leiter der Abteilung für strategische
Angelegenheiten, Sicherheitspolitik und Abrüstung im
französischen Außenministerium

Gernot Erler, MdB, Staatsminister im Auswärtigen Amt

Moderator: **Pascal Boniface**, Leiter, IRIS

Diskussion

AFRIKA UND DIE EUROPÄISCHE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Christian-Charles Falzone, Internationale Abteilung, Generalstab des Heeres
Winrich Kühne, Direktor des Zentrums für internationale Friedenseinsätze

Moderator: **Winfried Veit**, Leiter des Pariser Büros der FES

Diskussion